



23. DPoIG-Bundeskongress

Stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten



Postvertriebsstück/Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Seite 6 <

CDU-Generalsekretär
Hermann Gröhe:

„Das war ein guter Start
für Hans-Peter Friedrich.“

Seite 19 <

Fachteil:

- ILIAS – Mobiles LED-Verkehrsmanagementsystem
- Du steckst nicht im Stau – Du bist der Stau
- Fixie-Fahrräder dürfen im Wiederholungsfall sicher gestellt werden





Post an ...

Mein lieber Peter Harry,

was ist los mit dir?

Du bist ja politisch so ziemlich abgetaucht. Man munkelt schon, du seiest amtsmüde. Dem hast du zwar widersprochen, aber man spekuliert schon, ob dein Kronprinz, der Christian von Boetticher, dich nicht schon vor der Wahl erben sollte. Ist ja wohl bei den Mehrheitsverhältnissen im Landtag nicht ohne Risiko – aber deshalb sollte man trotzdem nicht so dahindümpeln. Wenn man die Gazetten so aufschlägt, vermisst man die politische Gestaltung. Den Landesdienern das Fell über die Ohren zu ziehen, ist da doch zu wenig. Es reicht auch nicht, auf der Grünen Woche in Berlin mit „Frau Dombusch“ die „Mittelholstein-Torte“ zu bauen und diese anschließend mit Kaffee aus Wacken dem johrenden Publikum zu kredenzen.

Wir fragen uns natürlich, wo kommt denn da plötzlich das ganze Geld her?

Auch den traditionellen Neujahrsempfang für das Konsularische Korps, mit immerhin 200 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf Gut Schierensee wird ja nicht Herr Fielmann gesponsert haben – sondern wir mit unseren Jubiläumswendungen.

Da passt es natürlich, wenn ihr jetzt bei jeder Möglichkeit das Ehrenamt hervorhebt. Da wird man doch stutzig! Gerade wenn es da jetzt um Steuererleichterungen für das Ehrenamt gehen soll. Insbesondere wenn von Pensionären die Rede ist, die ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen noch freiwillig unterstützen wollen, wie zum Beispiel in der Kriminalprävention. Wer denn da besonders Gas gibt, bekommt dann auch einen Verdienstorden medienwirksam überreicht. Das spornt an, ist auch noch Werbung für die Politik und spart auch wieder an den Ecken, wo man eigentlich den Staat in der Pflicht sieht.

Wenn dann gleichzeitig zu lesen ist, dass der ehemalige HSH-Nordbank-Vorstand Frank Roth fünf Millionen für seinen ungerechtfertigten Rauswurf erhält, dann versteht unsereins die Welt nicht mehr. Da muss scheinbar wieder keiner für gerade stehen.

Ebenso unerträglich die Streitigkeiten um die Schulreformen.

Das ist doch keine Politik des Aufbruchs!

Wir wollen lesen, dass es vorwärts geht, dass unsere vielen Opfer einen Sinn haben, dass alle Opfer bringen und auch wir irgendwann wieder Perspektiven haben.

Das wäre toll!

Da hilft es uns allerdings auch nicht viel weiter, wenn du unserem Bundespräsidenten und seiner Gattin unser schönes Land zeigst. Das bringt uns nicht wirklich weiter.

Aber als du im Fernsehen zur Sicherheit unserer Atomkraftwerke ganz deutlich von dir gegeben hast, dass du sie sofort vom Netz nehmen würdest, wenn du irgendwelche Zweifel hättest – da hast du dich zwar ein wenig übernommen – aber das war eine starke Nummer.

Dein Landesdiener
Ernst Meißner

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 04 51/49 15 97
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. (04 31) 2 10 96 62
Fax (04 31) 5 19 22 21

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841



FEST

mit der Polizei



DPoIG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im dbb
LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN



Ellen Obier

- Parodistin
- Moderatorin
- Entertainerin

**Zum Tanz spielt die Band
Just be You**



am Samstag, den 7. Mai 2011 in Kiel
im HOTEL KIELER YACHT CLUB

Hindenburgufer 70 · 24105 Kiel · Telefon: 04 31 / 88 13 - 0

Kartenvorverkauf: Deutsche Polizeigewerkschaft, Muhliusstr. 65 in Kiel,
Telefon 04 31 / 2 10 96 62, E-Mail: dpolg-sh@t-online.de, Internet: www.dpolg-sh.de



10. Mai 2011 – Personalratswahl!

Die wichtigsten Fragen an den DPolG-Landesvorsitzenden Torsten Gronau

Meckerst du noch, oder wählst du schon?



Personalratswahl 2011

Dieses Mal nicht ohne UNS –

DPoIG

die Frau und den Mann von der Straße mit seinem eigenen Erleben brauchen wir im Personalrat. Die meisten Behörden bestehen gefühlt noch immer aus zwei alten Inspektionen. Die regionalen Bereiche und die unterschiedlichen Dienstzweige sollten im Personalrat ihre Entsprechung finden. Nur so kann ein Personalrat auch aus-

das, unabhängig von Gewerkschaftszugehörigkeit.

Als DPolG haben wir aber auch unsere Kernaussagen:

- > Wir wollen einen neuen Anlauf für ein leistungsorientiertes Laufbahnverlaufmodell (siehe Hamburg und Bundespolizei).
- > Wir wollen einen gemeinsamen Stellenplan – K und S



mit dem LPA und dem Innenministerium werden die strittigen Fragen erörtert. Für den Hauptpersonalrat haben bisher immer die drei Polizeigewerkschaften DPolG, GdP und BDK jeweils eine Liste aufgestellt. Ich gehe davon aus, dass es auch dieses Jahr so sein wird.

Zudem werden in den Behörden Personalräte gewählt. Dort werden die regionalen Themen der jeweiligen Behörden bearbeitet. Je nach Direktion können dort Gewerkschaftslisten gewählt werden, zum Teil aber auch freie Listen. Es ist auch denkbar, dass sich Gewerkschaften zusammen für eine „weiße Liste“ entscheiden. Da muss man dann im Einzelfall genau hingucken, wer sich zur Wahl stellt.

> Also sollte man am 10. Mai 2011 an der Wahl teilnehmen?

Auf jeden Fall. Es ist klar, dass viele nicht wissen, was da im Personalrat so gemacht wird. Die Mitglieder sind gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Insofern fehlt naturgemäß die Transparenz. Das schürt Vorbehalte. Dem kann man als Wähler entgegenwirken, indem man durch aktive Wahl für ein möglichst buntes Gremium sorgt. Wir hoffen dort, wo wir mit eigenen Listen antreten, in den Personalrat zu kommen, um genau diesen Auftrag wahrzunehmen. Ich mache es mal konkret. Die GdP hat sicherlich auch sehr gute Leute auf der Liste. Würde ein Personalrat aber nur aus GdP-Mitgliedern bestehen, wäre das aus verschiedenen Gründen nicht gut. Deshalb haben wir, so hoffe ich, ein gutes Alternativangebot aufgestellt. Damit wollen wir frischen Wind in die Personalräte bringen. Am Ende entscheidet aber der Wähler. Und zwar nur der, der hingeht. ■

gewogen arbeiten und entscheiden. Niemandem nützt ein Personalrat, in dem nur Leute sitzen, die vor zig Jahren zuletzt auf der Straße waren und die Probleme nur vom Hörensagen kennen.

(gleiche Chancen bei vergleichbar schwerer Arbeit).

> Wofür steht die DPolG in den Wahlen?

Die DPolG hat genau das versucht, in seinen Listen umzusetzen. Dabei haben wir weniger auf die Gewerkschaftszugehörigkeit geachtet. Unsere Kandidaten sind Leute von der Basis, die mindestens 41 Stunden die Woche Polizeiarbeit pur machen. Damit machen wir ein Kontrastangebot und hoffen, die Leute honorieren

- > Wir wollen einen Wegfall der Doppelausbildung beim Aufstieg in den gehobenen Dienst.
- > Wir wollen für eine bessere Sachausstattung kämpfen.
- > Wir wollen die volle Schichtzulage bei Wechseldienst und reelle Vergütung von Dienst zu ungünstigen Zeiten.

> Welche Listen stehen zur Wahl?

Es werden zwei Gremien gewählt. Der Hauptpersonalrat ist die übergeordnete Ebene, quasi die letzte Instanz. Dort laufen die Sachverhalte aus dem ganzen Land auf. Im Gespräch

> Was macht der Personalrat eigentlich?

Der Personalrat ist ein gewähltes Gremium, das bei allen Maßnahmen der Dienststelle für die dort Beschäftigten mitbestimmt. Er hat eine Wächterfunktion, damit die Rechte eines oder mehrerer Beschäftigten bei Maßnahmen der Dienststelle ordentlich gewahrt bleiben. Insofern ist der Personalrat ein zentrales Organ zum Schutze der Mitarbeiter.

> Warum sollte ich wählen gehen?

Das hat auch etwas mit demokratischer Legitimation zu tun. Es ist von zentraler Bedeutung, dass ein Personalrat die Mitarbeiterschaft in seinem Gremium richtig abbildet. Es ist gut, wenn einige dabei sind, die schon lange Erfahrung im Geschäft haben. Aber gerade auch



Landesvorstand beim Landespolizeidirektor

Am 7. März 2011 traf sich der Landesvorstand der DPoIG zu einem Gespräch mit dem Landespolizeidirektor, Herrn Burkhard Hamm, im LPA.

Der rege Meinungsaustausch über verschiedene Themen, die sowohl dem Landespolizeidirektor als auch dem DPoIG-Vorstand am Herzen lagen, fand in einer offenen Atmosphäre statt.

Insbesondere die aktuell auf der Tagesordnung stehenden Fragen der Personal- und Sachausstattung der Landespolizei sowie konkret die Organisationsleitlinien, die zur Umsteuerung von 160 Beamtinnen und Beamten im Land führen sollen, wurden diskutiert.

Nach Aussage von Herrn Hamm sei es auch in Zukunft unerlässlich, im Zuge der Umsteuerungen die Belastungssituation in den einzelnen Polizeidirektionen zu beachten und dieses auch bei den schon angesprochenen organisatorischen Veränderungen im Auge zu haben. Beispielhaft für Letzteres führte er die Zusammenlegungen von Polizeiautobahnrevieren mit Polizeibezirksrevieren sowie die organisatorische Verschmelzung von manchen Polizeizentralstationen an.

Aber auch die besondere Situation der Polizeidirektion Husum sei zu beachten und man müsse über eine organisatorische Zusammenlegung mit der Polizeidirektion Flensburg nachdenken.

Nach Auffassung vom Landespolizeidirektor müsse man auch die so genannten „kleinen Polizeistationen“ (ein bis zwei Mann) erneut auf den Prüfstand stellen und deren Erforderlich-



V. l.: Landespolizeidirektor Burkhard Hamm, DPoIG-Landesvorsitzender Torsten Gronau, Frank Hesse.

keit und Zukunftsfähigkeit hinterfragen. Hier widersprach der Landesvorsitzende Torsten Gronau und gab zu verstehen, dass die DPoIG in den kleinen Stationen das „Herz“ des ländlichen Dienstes sieht und die Polizei „vor Ort“ auch in den Dörfern ihre Berechtigung habe.

Torsten Gronau gab zu bedenken, dass aus Sicht der DPoIG die Personalumsteuerungen in den Handlungsoptionen bisher augenscheinlich zu „buchhalterisch“ vorgenommen worden seien. Insgesamt sei das Thema Organisationsreform ausgereizt und man müsse aus Sicht der DPoIG mehr dahin kommen, durch Aufgabenumsteuerung und -reduzierung einzusparen beziehungsweise mehr Effizienz zu erreichen.

So sei eine Zusammenlegung von Ermittlungsdiensten der Schutz- und Kriminalpolizei grundsätzlich positiv zu bewerten. Jedoch stelle sich hier die Frage der unterschiedlichen Stellenbewertungen von Kollegen/-innen „S und K“. Bei gleicher Arbeit hätten die Kollegen/-innen unterschiedliche Bewertungen. Herr Hamm ergänzte hierzu, dass der Grund-

satz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ zu gelten habe.

Erneut wurde von Torsten Gronau auch das Thema Beurteilungsrichtlinien und damit einhergehend die Beförderungproblematik angesprochen. So sei wiederum festzustellen, dass die Umsetzung der derzeit geltenden Beurteilungsrichtlinien vermehrt zu Demotivation führe und man Modelle anderer Bundesländer wie beispielsweise Brandenburg, wo es auch im mittleren Dienst nur noch Anlassbeurteilungen gibt, prüfen müsse.

Der Landesvorsitzende gab in diesem Zusammenhang die Position der DPoIG Schleswig-Holstein nach der Forderung eines leistungsorientierten Laufbahnverlaufmodells nach Vorbild der Hamburger Polizei oder der Bundespolizei zur Kenntnis.

Nach Ansicht der DPoIG sei es zudem erstrebenswert, über eine Abschaffung der Doppelausbildung im mittleren und gehobenen Dienst nachzudenken. So sei es ineffizient, dass Aufsteiger in den gehobenen Dienst, die zum Teil sogar lebens- und dienstälter sind und allemal über hinreichend Erfahrung im

Beruf verfügen, in Altenholz den kompletten Studiengang durchlaufen müssen. Herr Hamm stimmte hier grundsätzlich zu und ergänzte, dass man gegebenenfalls dahin kommen müsse, stattdessen eine Art „Führungsfortbildung“ einzuführen.

Hinsichtlich der Sachausstattung seien die Aussichten aus Sicht des Landespolizeidirektors in mancherlei Hinsicht nicht „rosig“.

Zu dem von Torsten Gronau bereits auf dem Landesdelegiertentag im November 2010 angestoßenen Thema der Nutzung von Fahrzeugen der PD AFB durch Einzeldiensthundertschaften (wenigstens soweit sie in anderen Bundesländern Einsätze wahrnehmen), gab Herr Hamm an, dass man nach Prüfung festgestellt habe, dass dieses rechtlich nicht zulässig sei, da die PD AFB-Fahrzeuge aus Bundesmitteln beschafft seien. Gleichwohl äußerte er Verständnis für Klagen über die schlechte Fahrsituation der Einzeldiensthundertschaften. Insbesondere die beengten Platzverhältnisse sowie die im Vergleich zu den Fahrzeugen der ersten Einsatzhundertschaft schlechte passive Sicherheit der im Einzeldienst genutzten „Gruppenwagen“ wurden von Torsten Gronau hier nochmals hervorgehoben.

In diesem Zusammenhang kritisierte Torsten Gronau die zunehmende Anzahl von Einsätzen in anderen Bundesländern, die durch Einzeldiensthundertschaften wahrgenommen werden.

Hierzu entgegnete der Landespolizeidirektor, dass man insbesondere im so genannten Nordverbund sich verpflichtet sehen würde, in benachbarten norddeutschen Bundesländern

bei Großeinsätzen zu unterstützen. Einen Einsatz darüber hinaus zum Beispiel in entfernten süddeutschen Bundesländern würde er eher kritisch sehen. Der Grundsatz für Einsätze in anderen Bundesländern sei für ihn aber, dass diese vorrangig durch Kräfte der PD AFB zu bedienen seien.

In Bezug auf Großeinsätze insgesamt äußerte Torsten Gronau, dass sich nach Einschätzung des Landesvorstandes ein gewisser „Einsatzgigantismus“ entwickelt hätte und man zukünftig bei der Kräfteanforderung eine etwas realistischere Lageeinschätzung im Einzelfall vornehmen sollte. Diese

Einschätzung wurde von Landespolizeidirektor Hamm ausdrücklich geteilt.

In Bezug auf die aktuelle Thematik der Regionalleitstellen äußerte der Landespolizeidirektor, dass man durch die angeschobene Evaluation hoffe, die vorhandenen Probleme (auch in der Personalausstattung) er-

kennen und regulieren zu können.

In jedem Fall müssten die RLS im Land bei der derzeit erwarteten Einführung des Echtbetriebs vom Digitalfunk Anfang 2012 im Bereich „West“ (flächendeckend nach jetzigem Stand in 2013) vollständig funktionsfähig sein.

Thomas Nommensen

Viel Rauch

Kommentar von Torsten Gronau, Landesvorsitzender

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die frohe Botschaft, dass es einen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst gibt. Offen ist beim Verfassen dieses Artikels noch die Frage, ob die Forderung nach einer zeit- und inhaltsgleichen Übernahme für die Beamten umgesetzt wird.

Ich gestatte mir jedoch zu den Tarifverhandlungen einige persönliche Bemerkungen.

Es war schwierig, die Ursprungsforderung von dbb und ver.di den Mitgliedern der DPoLG schmackhaft zu machen. Sie erschien vielen als zu niedrig.

Auch aus anderen Einzelgewerkschaften waren ähnliche Stimmen zu vernehmen. Der dbb-Bundesvorsitzende Heesen und auch der dbb-Verhandlungsführer Stöhr hatten einen Drahtseilakt zu vollführen.

Schlussendlich wurden die Reihen aber geschlossen und die Forderung wurde gemeinsam getragen.

Unverständlich und ohne Verantwortungsgefühl ist jedoch das Verhalten der Tarifgemeinschaft der Länder unter ihrem Verhandlungsführer Möllring (Finanzminister Niedersachsen) zu

bewerten. Die Forderungen der Gewerkschaften als maßlos abzukanzeln und bei zwei kompletten Verhandlungsrunden gar kein eigenes Angebot auf den Tisch zu legen, war ein erneuter Akt ungehöriger Respektlosigkeit gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Es bleibt festzuhalten, dass das Ergebnis ausgewogen ist. Sowohl die Haushaltslage der Beschäftigten als auch die der öffentlichen Kassen wurden berücksichtigt. Mit etwas mehr Verantwortungsbewusstsein hätte die TdL auf viel Folklore verzichten können. Warnstreiks und Großkundgebungen der Gewerkschaften hätte man sich ersparen können, wenn Möllring und seine Leute von der

ersten Minute an vernünftig verhandelt hätten.

Es bleibt zu hoffen, dass die verantwortliche Politik sich kein weiteres Armutszeugnis ausstellt, indem es die Forderung auf zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamten in Frage stellt. Bei Erscheinen des Polizeispiegels sind wir schlauer.

Zum Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass das Finanzministerium eine wirkungsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses für die Landesbeamten, Anwärter und Versorgungsempfänger in Schleswig-Holstein angekündigt hat. Ein entsprechender Gesetzentwurf sei in Vorbereitung und werde dem Kabinett in Kiel in Kürze vorgelegt. ■

Erhöhung der Selbstbehalte bei der Beihilfe

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz zum Haushaltsplan 2011/ 2012 vom 17. Dezember 2010 wurden unter anderem die Selbstbehalte bei der Beihilfe um 20 Prozent erhöht.

Der bisher um 30 Prozent reduzierte Selbstbehalt für Ruhestandsbeamte wurde an den für aktive Beamte angeglichen, das heißt, die Ermäßigung des Selbstbehalts auf 70 Prozent ist weggefallen. Dies ist eine zusätzliche Belastung, die nicht

einfach hingenommen werden sollte.

Daher raten wir den betroffenen Beamtinnen und Beamten, Widerspruch gegen die ab dem 1. Januar 2011 ergangenen Beihilfebescheide, die die neuen Selbstbehalte beinhalten, einzulegen. Dazu haben wir zwei Musterwidersprüche, jeweils für aktive und für Ruhestandsbeamte, vorbereitet, die über www.dpolg-sh.de heruntergeladen werden können.

Hinweis: Die Beamtenbesoldung in Schleswig-Holstein wurde in den letzten Jahren durch einseitig belastende Maßnahmen der Landesregierung immer weiter abgesenkt. Zwar wurden die einzelnen Maßnahmen seitens der Landesregierung – im Sinne einer „Salamitaktik“ – jeweils rechtmäßig umgesetzt. Die Kür-

zungen haben jedoch in ihrer Summe zu einer Absenkung der Besoldung auf ein nicht mehr amtsangemessenes Niveau geführt. Zu den bisherigen Kürzungen kommt jetzt noch die Erhöhung der Selbstbehalte hinzu.

Betroffene sollten zur Wahrung der eigenen Rechte für jedes Jahr erneut einen Antrag auf Neufestsetzung der Bezüge stellen mit der Begründung, dass die Besoldung insgesamt nicht mehr amtsangemessen ist. Einen entsprechenden Musterantrag hierzu werden wir auch in diesem Jahr rechtzeitig zur Verfügung stellen.

(Quelle: DBB Schleswig-Holstein)